

mußte, die der Skepsis und der Lethargie der Jugend das Wort redeten, Zeit zur Besinnung für sie forderten, um sie aus durchsichtigen politischen Gründen vom demokratischen Aufbau fernzuhalten. Heute ist in der Deutschen Demokratischen Republik das Geschwätz von der mißtrauischen und abwartend beiseite stehenden Jugend verschwunden. Heute marschiert die Jugend in der vordersten Reihe der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, und niemand denkt daran, daß es anders sein könnte.

Um so mehr aber sind wir verpflichtet, dieser Jugend zu helfen, nicht zuletzt deshalb, weil noch immer überlieferte Anschauungen und bewußt volksfeindliche Elemente und ihre Trabanten versuchen, den Fortschritt in unserer Deutschen Demokratischen Republik zu hemmen und den Aufbau zu sabotieren.

Meine Fraktion begrüßt es, daß insbesondere in der Verbesserung der Schulbildung die gesamte Jugend, vor allem die Jugend der werktätigen Bevölkerung, angesprochen wird. Von jeher hat die sozialistische Arbeiterbewegung den Kampf geführt, um den Söhnen und Töchtern der Arbeiter, Bauern und den werktätigen Intelligenz das Tor der Wissenschaft zu öffnen. Wie viele Fähigkeiten blieben ungeweckt, wie viele Talente unentwickelt, weil der Geldbeutel des Vaters nicht ausreichte, dem Jungen oder dem Mädchen den Besuch einer höheren Lehranstalt zu gestatten!

In den Maßnahmen dieses Gesetzes zur Verbesserung der Schulbildung durch die Heranbildung eines qualifizierten Lehrernachwuchses, durch Zurverfügungstellung größerer Summen für Stipendien sehen wir weitere Schritte zur Durchführung und Festigung der demokratischen Schulreform. Heute sind bereits an unseren Universitäten und Hochschulen die bunten Mützen ehemaliger Korpsstudenten von den blauen Hemden unserer FDJler verdrängt. Bei den Möglichkeiten, die der Jugend heute für das Studium zur Verfügung stehen, bei dem Wissensdurst unser jungen Aktivisten in den Betrieben, dem Lerneifer unserer Jungen Pioniere in den Schulen wird die Zeit nicht fern sein, wo auch all jene aus den verantwortlichen Funktionen unseres gesellschaftlichen Lebens verdrängt werden, die die alte Zeit und ihre Unordnung in die Gegenwart hinüberzuretten versuchen.

Wir begrüßen insbesondere, daß in diesem Gesetzentwurf der Förderung der Berufsausbildung der Jugend eine so große Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Es war in der Vergangenheit die Tragik der arbeitenden Jugend, daß sie durch ungenügende oder fehlende Berufsausbildung als ungelernete Arbeiter ihr Leben fristen mußte und somit zu billigen Ausbeutungsobjekten degradiert wurde. 1925 marschierte in Hamburg die arbeitende Jugend unter dem Motto auf: „Wir wollen, daß die Arbeit Freude werde!“ Nichts kann die Sehnsucht dieser Jugend nach einer sie befriedigenden Arbeit als sinnvolle Ausfüllung ihres Lebens stärker ausdrücken als diese kurze Parole.

Während im Westen unserer Heimat gegenwärtig hunderttausende Jugendliche erwerbslos sind, 400 000 von ihnen keine Lehrstellen haben, ist die Jugend der Deutschen Demokratischen Republik vor Arbeitslosigkeit geschützt. Alles, was sie sich an Wissen aneignet, kann sie voll und ganz in den Dienst friedlicher Arbeit für eine glückliche Zukunft unseres Volkes stellen. Um so mehr hat sie Veranlassung, durch eine gute fachliche Ausbildung ihre beruflichen Leistungen zu qualifizieren. Es ist selbstverständlich, daß sich die Berufsausbildung in Übereinstimmung mit dem Volkswirtschaftsplan befinden muß. Dabei ist die Ausarbeitung einheitlicher Berufsbilder von besonderer Wichtigkeit. Wir erwarten, daß sich alle beteiligten Stellen bei der Ausarbeitung dieser Berufsbilder größter Sorgfalt befleißigen. Es scheint, als ob noch

nicht alle volkseigenen Betriebe die Notwendigkeit solcher Berufsbilder erkannt haben oder aber zu bequem sind, sich an ihrer Ausarbeitung zu beteiligen. So beantwortete zum Beispiel die Vereinigung volkseigener Betriebe Westglas in Ilmenau eine an sie herangetragene Bitte, Fachleute zur Ausarbeitung von Berufsbildern zu benennen, damit, daß bereits Berufsbilder für die Thermometermacher und Glasschreiber erstellt seien und es sich wohl erübrige, Fachleute für diese Arbeit zur Verfügung zu stellen. Die Vereinigung der volkseigenen Betriebe Westglas meinte damit die Berufsbilder des „Herrn Reichsministers“, die am 22. Oktober 1938 erlassen worden sind.

(Hört, hört!)

Wir sind weiterhin der Auffassung, daß die auf dem Lande tätige Jugend in ihrem Streben nach Erreichung hoher Hektarerträge nicht die richtige Belehrung erfährt, wenn an unseren landwirtschaftlichen Fakultäten bei der Behandlung der Erreichung der landwirtschaftlichen Vorkriegs-Hektarerträge von Professoren Meinungen vertreten werden, wie sie vorhin von dem Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten Ulbricht zitiert worden sind.

Der Herr stellvertretende Ministerpräsident hat bereits darauf hingewiesen, daß es in den Kreisen Ballenstedt, Blankenburg und Schönebeck keine Mädchen in Mangelberufen gibt. Wir sind der Auffassung, daß sich die Gleichberechtigung der Frau nicht in der Besetzung einer Anzahl verantwortlicher Funktionen im staatlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben erschöpft. Die Gleichberechtigung der Frau wird erst dann zur vollen Entfaltung kommen, wenn es uns gelingt, eine Frauengeneration zu entwickeln, die es in ihrer Gesamtheit versteht, frauliche Eigenart mit der Erfüllung gesellschaftlicher Notwendigkeiten in Einklang zu bringen.

(Beifall)

Deshalb erwarten wir, daß in Zukunft bei der Werbung und Berufsberatung für die Mangelberufe auch die Einbeziehung der Mädchen eine starke Berücksichtigung erfährt.

Unsere besondere Freude möchten wir zum Ausdruck bringen über die Abschnitte des Gesetzentwurfes, die sich mit Häusern, Bibliotheken und Theatern für Kinder beschäftigen. Uns scheint, daß in dankenswerter Weise auch in diesem Fall zum ersten Male unter völlig neuen Gesichtspunkten an die Lösung der Probleme herangegangen wird.

Es ist zweifellos richtig, der körperlichen Entwicklung der Kinder größte Aufmerksamkeit zu widmen und alles zu tun, um den Kindern — selbst unter den gegenwärtig noch schwierigen Bedingungen — alle Möglichkeiten einer ausreichenden Ernährung, guten Unterkunft usw. zu sichern. Aber es hieße eine Politik der Froschperspektive betreiben, wollte man sich auf den Standpunkt stellen, es müsse erst das letzte Haus unserer zerstörten Städte und Dörfer wiederaufgebaut sein, ehe man in so großzügiger Weise Möglichkeiten für die geistige Entwicklung der Kinder schafft. Wer schon im Kind die kleine Persönlichkeit wertet, muß sich verpflichtet fühlen, von frühestem Kindesalter an alle Fähigkeiten des Kindes zur Entfaltung zu bringen. Dies ist in einem solchen Ausmaß, wie es im Gesetz vorgesehen ist, aus materiellen Gründen in der Familie nicht durchführbar. In der Schule besteht nicht die Möglichkeit, sich mit jedem einzelnen Kind so zu beschäftigen, daß seine individuelle Veranlagung genügend Förderung erfahren kann. Wir begrüßen deshalb die Schaffung von Kinder-Klubhäusern vorerst in den wichtigsten Städten, in denen beste pädagogische Kräfte in einer Vielzahl von Interessengemeinschaften den Neigungen jedes Kindes Rechnung tragen können.